

Weg in eine verantwortungsvolle Normalität

Ausgangslage

Unser Land erlebt derzeit eine sehr große Herausforderung, die Maßnahmen erfordert hat, die stark in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eingreifen und ohne Zweifel legitimationsbedürftig sind. Zum Schutz der Bevölkerung und um die Verbreitung des Virus einzudämmen, hat die Politik massive Maßnahmen ergriffen, die in beispielloser Weise das soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben eingeschränkt und dabei sogar weit in elementare Grundrechte eingegriffen haben.

Die aktuellen Maßnahmen sind extrem weitreichend und differenzieren nur bedingt mit Blick auf das jeweils konkrete Infektions- und Erkrankungsrisiko. Sie waren dennoch nötig, solange es keine gesicherten Kenntnisse über die tatsächliche Dynamik der Pandemie, über die Verbreitungswege und Erkrankungsrisiken gab. Wir müssen uns bewusst sein, dass alle Entscheidungen, die wir in dieser Situation treffen, Risikoentscheidungen unter Unsicherheitsbedingungen sind.

Nicht nur die Bilder aus Italien zeigen unermessliche Tragödien und machen uns schmerzlich bewusst: Es geht um Leben und Tod. In einer ersten Phase hatte deswegen die Eindämmung der Pandemie und die strikte Unterbrechung von Infektionsketten oberste Priorität.

Allerdings muss bereits während dieser ersten Phase darüber nachgedacht werden, wie schrittweise weiter zu verfahren ist und welche neuen Entscheidungen anstehen. Diese stehen sehr deutlich unter dem Vorbehalt, dass es dafür in unserem Land keine historischen Vorläufer gibt, auf die man Eins-zu-eins zurückgreifen könnte. Das erhöht die Verantwortung von Entscheidungsträgern enorm.

Bevor im Folgenden drei Phasen des Umgangs mit der Pandemie vorgestellt werden, sei besonders betont: Die vorgeschlagenen Schritte zum Umgang mit und zu Wegen aus der Krise weisen auf Zielkonflikte und womöglich paradoxe Folgen hin: Was medizinisch notwendig ist, kann hohe ökonomische Schäden verursachen. Diese wiederum können ihrerseits wieder soziale, psychische, aber auch medizinische Folgen haben.

Diese für Entscheidungen herausfordernde Situation darf aber nicht dazu führen, den einen Aspekt gegen den anderen auszuspielen. Der Gegensatz lautet nicht: wirtschaftliche Interessen gegen Gesundheit der Bevölkerung oder gar staatliche Kontrolle gegen Individualrechte. Es geht vielmehr darum, der Komplexität und Wechselwirkung unterschiedlicher Wirkkräfte und legitimer Anforderungen gerecht zu werden, um unserem liberalen, auf Freiheitsrechten, aber auch der Verantwortung für die Lebensgrundlagen aller Menschen basierenden Gemeinwesen gerecht zu werden. Die angedeuteten Zielkonflikte sind keine unlösbaren ethischen und epistemischen Dilemmata, sondern Herausforderungen für komplexe Entscheidungslagen.

Klar muss sein: Das Ziel der Eindämmung der Pandemie bleibt bestehen. Angesichts des enormen Bewusstseins für die Ernsthaftigkeit der Gefährdung und des sehr hygiene-sensiblen Verhaltens weiter Teile der Bevölkerung und mit Blick auf neue Erkenntnisse über den Virus sollten wir jetzt beginnen, die Maßnahmen differenzierter und flexibler zu steuern, um die verschiedenartigen negativen Auswirkungen so gering wie möglich zu halten.

Die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie sind enorm groß und komplex. Je komplexer die Frage, desto interdisziplinärer muss die Antwort gesucht werden. Jede Entscheidung hat Folgen – für jeden Einzelnen und für unser Gemeinwesen insgesamt. Auch angesichts ethischer Dilemmata muss die Politik durch sorgsame Abwägung Auswege aufzeigen.

Phase 1: Eindämmen, Kapazitäten ausbauen, Wissen generieren

Dazu wurden und werden noch konkret Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit, die freie Berufsausübung, die Gewerbefreiheit, das Recht auf Bildung, die Religionsfreiheit und die Reisefreiheit eingeschränkt. Aber auch Regelungen zum Arbeitsschutz, zu Abstand und Hygiene wurden teilweise drastisch verändert.

In der Folge schlossen Kindergärten und Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Geschäfte, Restaurants und Hotels. Betriebe mussten ihre Ablauforganisationen und Prozesse anpassen oder sogar ebenfalls schließen. Kirchen, Synagogen und Moscheen blieben für gemeinsame Gebete geschlossen. Die Entscheidungen für diese Einschränkungen waren für alle politischen Verantwortungsträger in Bund und Ländern nicht einfach, doch sie waren richtig. Denn allein die physische und räumliche Distanz untereinander und voneinander kann eine exponentielle Ausbreitung des Virus wirksam und nachhaltig verhindern und unser Gesundheitssystem vor dem Kollaps bewahren – so schmerzhaft das auch sein mag.

Gleichzeitig hat die Politik in Land und Bund Unterstützungsmaßnahmen in bisher nicht bekannter Größenordnung in verschiedensten Bereichen ergriffen, um die absehbaren Folgen der Eindämmung so gut es geht aufzufangen:

Wirtschaftliche Maßnahmen

- Steuerliche Liquiditätshilfe für Unternehmen, u.a. durch die Möglichkeiten zur Stundung von Steuerzahlungen, die Absenkung der Steuervorauszahlungen und den Verzicht auf Vollstreckungsmaßnahmen bzw. Säumniszuschläge
- Milliarden-Schutzschild für Betriebe und Unternehmen durch günstige Kredite und Bürgschaften sowie Beschleunigung der Entscheidungswege
- Hilfen für Gründer und Start-Ups, u.a. durch die Verlängerung von Gründerstipendien und die Verbesserung von Start-up-Eigenkapitalprogrammen
- Einrichtung von Sondervermögen zur Finanzierung aller notwendigen Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Krise

Soziale Maßnahmen

- Flexibilisierung des Kurzarbeitergeldes durch erleichterte Zugangsvoraussetzungen

- Erleichterungen für Selbstständige, ältere Menschen und Erwerbsgeminderte durch leichten Zugang zur Grundsicherung
- Erleichterter Zugang zum Kinderzuschlag
- Fortlaufende Zuschüsse für soziale Dienstleister
- Übernahme der Elternbeiträge für Kinderbetreuungsangebote
- Anreize zur Aufnahme systemrelevanter Beschäftigungen im Gesundheitssystem oder in der Landwirtschaft für Bezieher von Kurzarbeitergeld
- Ausnahmen bei den Arbeitszeitvorschriften zur Sicherung des Gesundheitswesens, der Daseinsvorsorge sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
- Erleichterungen beim Hinzuverdienst für Rentnerinnen und Rentner

Miet-, Insolvenz- und Strafprozessrecht

- Schutz von Mietern durch Anpassung der Kündigungsschutzregelungen
- Vermeidung von Insolvenzverfahren durch Aussetzung der Insolvenzantragspflicht
- Verlängerung der maximal möglichen Unterbrechung von Strafprozessen zur Vermeidung von Infektionen

Gleichzeitig sind vielfältige Schäden des Lockdowns zu verzeichnen, die ebenso wie die gesundheitlichen Risiken der Corona-Pandemie abzuwägen sind.

Schäden des Lockdowns – ökonomisch, sozial und gesundheitlich

- Die **sozialen und gesellschaftlichen Schäden** sind extrem groß. Die Gefahr der **Vereinsamung und Vernachlässigung älterer Menschen** aufgrund der massiven Kontaktbeschränkungen ist real. Hinzu kommen die **wegfallende Essensversorgung in Kitas und Schulen für Kinder aus armen Familien, Wohnungslosigkeit**, eine Zunahme **häuslicher Gewalt und Kindeswohlgefährdung**, die **sehr unterschiedliche Beschulung zu Hause** während des Lockdowns und nicht zuletzt auch **psychosoziale Folgewirkungen** der wirtschaftlich extrem schwierigen Situation.
- **Kranke und psychisch labile Personen** leiden ebenfalls besonders unter dem Lockdown.
- Mit der Aussetzung **zahlreicher wichtiger medizinischer Behandlungen, Vorsorgeuntersuchungen und Reha-Maßnahmen** entstehen unerwünschte gesundheitliche Folgewirkungen.
- Die **volkswirtschaftlichen Kosten** des Lockdowns sind – zumal vor dem Hintergrund eines bereits vor Corona zu beobachtenden Konjunkturrückgangs und Strukturwandels in einigen Schlüsselindustrien, die nun „doppelt betroffen“ sind – **enorm hoch und steigen mit jedem Tag weiter an, vermutlich überproportional**. Verschiedene Branchen sind dabei unterschiedlich stark betroffen (z.B. Gastronomie, Einzelhandel, Automobilindustrie sowie Maschinen- und Anlagenbau extrem stark, Chemieindustrie und andere weniger). Hinzu kommt, dass zahlreiche im SDAX, MDAX und DAX notierte Unternehmen in den vergangenen Wochen

erhebliche Wertverluste erlitten haben und damit anfällig für ungewollte Übernahmen geworden sind. Davon betroffen sind Dienstleister, bei längerer Dauer auch im Technologie- und Finanzsektor. Hinzu kommt die existentielle Bedrohung vieler Selbstständiger, Kleingewerbetreibender und der mittelständischen Industrie.

Von der gesellschaftlichen Solidaritätswelle zur Gefahr der Polarisierung

- Aktuelle Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Allensbach unterstreichen, dass die Menschen derzeit **von großen Ängsten und Sorgen** getrieben sind, sicherlich auch forciert durch Teile der Berichterstattung und der generellen Kommunikation zur Pandemie. Gleichzeitig hat die Politik aber großen Rückhalt für die weitreichenden Maßnahmen wie den Lockdown. Es sind die **Ängste vor der Krankheit und vor dem Sterben, aber auch die Ängste vor Arbeits- und Perspektivlosigkeit, vor Armut und sozialem Abstieg**.
- Die Besorgnis geht nur teilweise auf die unmittelbaren gesundheitlichen Risiken durch das Virus zurück, sondern **zunehmend auch auf die ökonomischen Kollateralschäden der Gegenmaßnahmen**:
 - 47 Prozent der Bevölkerung machen sich zurzeit große Sorgen, sie könnten selbst infiziert werden.
 - 71 Prozent machen sich große Sorgen, dass Angehörige infiziert werden könnten.
 - 82 Prozent machen sich große Sorgen über die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft.
- Die **Stimmung ist nach wie vor von großer Besorgnis geprägt**: Nur ein Fünftel der Bevölkerung sieht den nächsten zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen, die Mehrheit mit ausgeprägten Befürchtungen oder zumindest mit Skepsis. Knapp die Hälfte der Bevölkerung befürchtet, dass wir in eine weltweite Katastrophe hineinsteuern. **Ein Drittel der Bevölkerung belastet die aktuelle Situation psychisch sehr – Frauen mehr als Männer, die schwächeren sozialen Schichten signifikant mehr als die höheren sozialen Schichten**, freie Kulturschaffende stärker als Festangestellte.
- Die **tatsächliche Betroffenheit ist groß**: Mittlerweile gehen 85 Prozent der Bevölkerung von einem wirtschaftlichen Abschwung aus, 46 Prozent von einem langwierigen Abschwung. Ein Drittel der Bevölkerung ist zurzeit selbst von Betriebsschließungen oder Kurzarbeit betroffen bzw. lebt in einem Haushalt, in dem ein anderes Haushaltsmitglied betroffen ist. In der Gruppe der Selbstständigen und freien Berufe sind annähernd zwei Drittel von Betriebsschließungen und enormem Verdienstaustausfall betroffen.
- **Insgesamt ziehen drei Viertel der Bevölkerung die Bilanz, dass sich ihr Leben stark oder sogar sehr stark verändert hat**. 71 Prozent empfinden diese Veränderungen als große Einschränkung. Speziell die weitgehende Kontaktbeschränkung empfinden sogar 78 Prozent als gravierende Einschränkung, 72 Prozent fehlen die gewohnten Kontakte sehr.

- Trotz eines breiten Rückhalts votieren nur vier von zehn Bürgern dafür, die Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie möglichst lange aufrecht zu erhalten. **Inbesondere Selbstständige und Freiberufler sowie Erwerbstätige, die sich Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes machen, sprechen sich für Lockerungen aus.**
- Was die Bürger zurzeit mit am stärksten belastet, ist die **Unsicherheit, dass bisher nicht abzusehen ist, wie die Entwicklung weitergeht.** Drei Viertel der Bevölkerung bedrückt diese Unsicherheit, 84 Prozent der Selbstständigen und freiberuflich Tätigen, 87 Prozent derjenigen, die sich Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz machen. Entsprechend wichtig ist es, auch ohne konkrete zeitliche Festlegungen, der Bevölkerung eine Strategie für den Weg in eine verantwortungsvolle Normalität aufzuzeigen und schrittweise Erleichterungen zu kommunizieren, die in absehbarer Zeit möglich sein werden.
- Es steht zu befürchten, dass der ersten Phase von gesellschaftlicher Solidarität jetzt **eine Phase der Polarisierung** folgt, in der Zweifel, Sorgen und Nöte der Menschen stärker werden und damit auch die Bereitschaft abnimmt, die Maßnahmen mitzutragen. Damit steigt die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft verbunden mit erheblichen Konflikten (jung-alt, arm-reich, bildungsnah-bildungsfern). Schwerwiegende soziale Konflikte und eine Verschärfung von Problemen der sozialen Gerechtigkeit könnten die Folge sein, mit **der Gefahr für eine neue Gruppe von Menschen, ins Prekariat abzurutschen.**
- Die Bedrohung durch Corona wird von vielen Menschen auch als eine einigende Kraft erlebt. „Vor dem Virus sind alle gleich“ und „er vereint uns alle“. **Die Bürger erleben sich derzeit als gleichberechtigter Teil einer großen Schicksals-Gemeinschaft.** Viele **bislang übersehene Berufe** (Pfleger/-innen, Kassierer/-innen, Reinigungs- und Ordnungskräfte, etc.) **erfahren gerade eine öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung.**
- Bestehende Klassenunterschiede und Spaltungstendenzen werden derzeit (noch) überlagert durch die Bereitschaft, kollektive Maßnahmen und Restriktionen bereitwillig mitzutragen. Differenzierende Maßnahmen werden zwar von vielen Menschen gewünscht, sie wecken aber auch die **Sorge, dass die Solidarität schwindet und neue Egoismen/Rivalitäten/Polarisierungen in der Bevölkerung entstehen.** Dieser Sorge kann begegnet werden, indem der Sinn **jeder einzelnen Differenzierungsmaßnahme für die Gemeinschaft sensibel kommuniziert wird.** Im Rahmen eines differenzierenden Gesamtplans will jeder Bürger genau wissen, was von ihm nun erwartet wird.

Vorrangig gilt es, die medizinischen Kapazitäten so schnell wie möglich auszubauen.

Gesundheitswesen stärken – medizinisches Wissen schnell erweitern.

- Die **Kapazitäten im Gesundheitswesen** (Betten auf Intensivstationen, Beatmungsgeräte, Schutzkleidung, medizinisches Personal) müssen weiter

ausgebaut, die Materialversorgung verbessert und die personelle Ausstattung erhöht werden.

- Gleichzeitig ist eine bessere **Steuerung der Kapazitäten** notwendig. Insbesondere die Verfügbarkeit bzw. Belegungsquote von Intensivbetten mit und ohne Beatmungsmöglichkeiten muss in Echtzeit zentral erfasst und gesteuert werden.
- Zusätzlich muss eine bessere Erreichbarkeit der Gesundheitsämter und eine bessere Informationsverteilung zwischen den Gesundheitsämtern erreicht werden.
- Wir müssen dringend unser **Wissen über das Virus und die COVID-19-Erkrankung vergrößern**:
 - **Wie viele** Menschen sind bereits infiziert?
 - Wie hoch ist die **Dunkelziffer**?
 - Auf **welchen Wegen** verbreitet sich das Virus und auf welchen eher nicht?
 - Welche **Maßnahmen** haben welchen **Effekt auf die Verbreitung des Virus**?
 - **Wer erkrankt** wie schwer und warum?
- Im **Forschungsprojekt „Covid-19 Case-Cluster-Study“ im Landkreis Heinsberg** werden – repräsentativ und auf dem Standard des WHO-Protokolls ([https://www.who.int/publications-detail/household-transmission-investigation-protocol-for-2019-novel-coronavirus-\(2019-ncov\)-infection](https://www.who.int/publications-detail/household-transmission-investigation-protocol-for-2019-novel-coronavirus-(2019-ncov)-infection)) – erste gesicherte Erkenntnisse über die Dunkelziffer an Infektionen, die Ausbreitungswege des Virus und die Wirkung bestimmter Eindämmungsmaßnahmen gewonnen.
- **Weitere Studien** und Untersuchungen sind anzustoßen. Um genauere Daten zu erhalten, könnten COVID-19-Patienten deutschland-, europa- und weltweit über eine App täglich einen Fragebogen ausfüllen und Sensordaten erfassen (z.B. Herz- und Atemfrequenz, Körpertemperatur und Sauerstoffsättigung).
- Parallel sind die intensiven deutschland- und weltweit angelaufenen **Bemühungen um geeignete Behandlungsmethoden** (z.B. Remdesivir, Chloroquin) zu forcieren.
- Die Entwicklung **weiterer Testverfahren**, insbesondere Antikörper-Tests und Schnelltests auf Infektion, ist voranzutreiben. Auch Methoden wie Pooling können zur Ausweitung sinnvoll sein, also das gemeinsame Testen von Proben mehrerer Personen, wobei nur bei positivem Ergebnis in die Einzelprüfung eingestiegen werden muss.
- Um die **Zahl der Tests** auf Infektion erhöhen zu können und das **Meldewesen** zu verbessern (Zielmarke: auf bis zu **500.000 Tests** pro Tag), sind folgende Maßnahmen angezeigt:
 - Schneller Aufbau von **Test-Infrastruktur** durch die Einbeziehung weiterer Labore nach medizinischen Kriterien (RKI), Einrichtung **mobiler Teststationen**, Unterstützung durch THW, Bundeswehr, DRK

- Der Aufbau eines **elektronischen Echtzeit-Meldesystems** kann die zeitkritische Versorgung mit relevanten Daten deutlich verbessern und vereinheitlichen.
- **Gemeldet** werden müssen grundsätzlich **alle Tests** und **alle Ergebnisse** (positiv und negativ).
- **Eine starke Ausweitung der Tests führt zwangsläufig zu mehr gemeldeten Fällen.** Dieser Effekt muss von medizinischen Experten bei der Analyse der Situation und Entwicklung berücksichtigt und eingeordnet werden.

Gleichzeitig muss nun so schnell wie möglich und so langsam wie nötig schrittweise eine verantwortungsvolle Normalität eingeleitet werden.

Den Einstieg in die Normalisierung steuern – breite Informationsbasis schaffen

- Auf Bundes- und auf Landesebene sollten jeweils **Task Forces gegründet werden**, die alle **relevanten Informationen unter Berücksichtigung medizinischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Risiken sammeln und auswerten**, um dann geeignete **Maßnahmen** empfehlen zu können.
- Dazu muss ein **Daten- und Faktenmonitor (Dashboard)** geschaffen werden, der ein **engmaschiges Monitoring** erlaubt, indem er auf Basis einer kontinuierlichen Datenerhebung alle **entscheidungsrelevanten Indikatoren** (z.B. epidemiologische, ökonomische, psychologische, soziale) zur Verfügung stellt und auch Zielkonflikte sichtbar macht.
- Ziel muss es sein, sich **in einer öffentlichen Diskussion** auf der Basis von transparenten Fakten auf möglichst **bundesweit einheitliche Kriterien für eine nach Risikobereichen, Risikogruppen sowie nach Relevanz für das gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Leben differenzierte Strategie** zu verständigen, die eine schrittweise Rückkehr in eine „verantwortungsvolle Normalität“ erlaubt.
- Zu beachten ist, dass diese Schritte in jedem Bereich nicht beliebig fein gesteuert werden können und es je nach Entwicklung auch angezeigt sein kann, Schritte wieder zurück zu gehen.

Phase 2: Schrittweise Öffnung des sozialen und öffentlichen Lebens

Voraussetzungen für die schrittweise Öffnung

- Wenn das **Gesundheitssystem mit dem Infektionsgeschehen absehbar nicht überfordert ist** und die entsprechenden **Voraussetzungen zum besseren Monitoring der Krise** geschaffen worden sind, kann die Rückkehr in die Normalität auf den jeweiligen Feldern des gesellschaftlichen Lebens schrittweise forciert werden.
- Diese **Rückkehr wird ein Prozess** sein, der sich nicht an einem festen Zeit- und Maßnahmenplan orientiert, sondern sich „tastend“ fortbewegt – ein **lernendes System**.

- **Die konkreten Schritte und die Geschwindigkeit der Öffnung müssen sich dabei an folgenden Erwägungen orientieren und den Abstand als ordnendes Grundprinzip des Wiedereinstiegs zugrunde legen:**
 - In welchen Bereichen ist die Gefahr einer Ansteckung hoch, in welchen niedrig? Je nachdem kann eine Öffnung schneller oder langsamer geschehen.
 - Für wen wäre eine Ansteckung besonders gefährlich, eine Erkrankung besonders schwer? Diesen Gruppen müssen weiterhin besondere Schutzmaßnahmen zukommen.
 - Welche Bereiche sind für Wirtschaft und Gesellschaft besonders wichtig?
 - Wie gut lassen sich im jeweiligen Bereich Schutzmaßnahmen umsetzen? Können z.B. bei der Arbeit Abstände eingehalten und/oder Schutzkleidung getragen werden?
- Prioritär ist zu überlegen, in **welchen Bereichen relativ risikolos Einschränkungen gelockert** werden können.

Schrittweises Öffnen

- Ein möglicher Weg kann darin bestehen, **einzelne Bereiche des öffentlichen Lebens nach und nach wieder zuzulassen und Eindämmungsmaßnahmen differenzierter zu steuern**: etwa den Schulunterricht, die Hochschulen, die Öffnung des Einzelhandels, die Kontaktbeschränkung.
- Wir betreten mit diesem Weg Neuland – denn eine Situation wie diese Pandemie gab es in Europa noch nicht. Wir werden langsam unsere Freiheiten wiedererlangen. Klar sein muss aber auch: **Es wird Rückschritte geben**. Wir werden mit hoher Wahrscheinlichkeit wiederholt mit einem erneuten Anstieg der Infektionszahlen konfrontiert werden. **Es kann neue kleinere und vielleicht auch größere Infektionswellen geben, lokal, aber auch landesweit**. Hierauf müssen wir regional und situativ schnell und strikt reagieren.
- Jede neue Infektionswelle wird erfordern, dass wir Schritte wieder zurückgehen: **Wir werden schnell, gezielt und konsequent reagieren müssen**.
- Wir werden **lernen müssen, vorerst mit dem Virus zu leben, bis wir es gänzlich kontrollieren können**. Lernen ist nicht immer einfach, Enttäuschungen und Rückschläge gehören dazu. Aber Lernen ist immer aller Mühe wert und macht nicht nur klüger, sondern auch stärker.

Konsequent testen, isolieren und behandeln

- Wenn die entsprechenden **Testinfrastrukturen bereitstehen**, sollte das **Testverfahren ausgeweitet** werden:
 - **Symptomträger** und bestätigte **Kontaktpersonen** werden grundsätzlich **immer getestet**.
 - Personen in besonders **gefährdeten Berufen** und in Bereichen, in denen viele Personen mit einem hohen Erkrankungsrisiko leben (z.B. Alters- und

- Pflegeheime), werden **in kurzen Abständen regelmäßig getestet** (etwa Pooling).
- Darüber hinaus sollte es regelmäßige „**Sentinel-Testungen**“ zufällig ausgewählter, **repräsentativer Personengruppen** geben, um ein besseres Bild der Gesamtlage zu bekommen.
 - Gleichzeitig müssen **Infektionsketten** möglichst lückenlos zurückverfolgt werden, dazu bedarf es
 - einer schnellen **Aufstockung des Personals** bei den Gesundheitsämtern, ggfs. durch Unterstützung von Medizinstudierenden, Landesbediensteten, der Bundeswehr usw.,
 - **datenschutzkonformer digitaler Lösungen** (z.B. Mobiltelefon-Apps, die per Bluetooth Kontakte zu anderen Nutzern erfassen), die dabei helfen können, **Kontaktpersonen ausfindig zu machen bzw. zu warnen** (z.B. den europäischen Ansatz PEPP-PT: <https://www.pepp-pt.org>).
 - Personen mit einer **bestätigten Infektion** müssen konsequent isoliert werden und etwa 14 Tage in Quarantäne bleiben, im Einzelfall kann hier eine sozialpsychologische Unterstützung sinnvoll sein.

Kinder schützen, Arbeit ermöglichen – Bildungsangebote sind wichtig

- Das Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen ist ein Grundrecht. Bildungsangebote sollten daher so schnell wie möglich – in verantwortbarem Umfang und unter Einhaltung hoher Schutzstandards – ermöglicht werden.
- Hierdurch können zudem **viele soziale Risiken vermindert** werden (Essensversorgung, Beschulung und Beschäftigung, strukturierte Tagesabläufe).
- Kinderbetreuung in Kitas und die (Teil-)Öffnung von Schulen kann **Beschäftigten und Selbstständigen wieder Freiräume verschaffen**.
- Auch hier sind vorher die **Risiken möglichst präzise abzuschätzen** und bei der Wiederaufnahme des Schulbetriebs zu berücksichtigen, etwa durch eine **Differenzierung der Unterrichtsformate (digitaler Unterricht) zwischen Ober-, Mittel- und Unterstufen** oder **zeitversetzten Unterricht in der Schule**. Dabei sind die **sehr unterschiedliche technische Ausstattung der Schulen und besondere Bedarfe der Familien** zu berücksichtigen und bereits in dieser Phase durch **Beschleunigung von Digitalisierungsinitiativen** konkret anzugehen. Digitaler Unterricht darf nicht länger eine Frage des Wohnorts oder des Einkommens der Eltern sein.
- In Kitas und im Präsenzunterricht können vorrangig Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher eingesetzt werden, die nicht zu einer der Risikogruppen gehören. Das wird Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Öffnung von Kitas und Schulen haben.

- Bei den Hochschulen sind die Optionen stark abhängig vom jeweiligen Fach. Wo immer möglich, sollten die **Hochschulen noch auf Online-Lehrveranstaltungen** setzen.

Auf sich und auf andere achten – Risikogruppen schützen

- Auch bei einer schrittweisen Öffnung müssen **Risikogruppen weiter von Schutzmaßnahmen profitieren können**. Nach derzeitigen Erkenntnissen sind dies hauptsächlich ältere Menschen (schon ab einem Alter von 50 Jahren steigt das Risiko deutlich an) sowie Raucher und Menschen mit Vorerkrankungen (insbesondere Lungen- und Herzkrankheiten): Das sind bis zu 20 Millionen Menschen in Deutschland. **Der Schutz muss individuell erfolgen und darf nicht zu neuen Formen der Altersdiskriminierung führen.**
- Die Einhaltung der **Abstands-, Hygiene und Verhaltensregeln** ist beim Kontakt mit Personen aus Risikogruppen besonders wichtig, zudem sollten **Kontakte generell auf ein Mindestmaß** reduziert werden. Personal von Alten- und Pflegeheimen sollte wie medizinisches Personal regelmäßig getestet werden (z.B. mit Pooling-Verfahren).
- Ein **Besuchsverbot** oder zumindest starke Einschränkungen in Verbindung mit **konsequentem Testen** kann für **Alten- und Pflegeheime** weiter notwendig sein, vor allem in „Hotspots“. Dabei ist **das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen angemessen zu berücksichtigen**.
- Gleichzeitig sollten die Möglichkeiten für die **Begleitung und Unterstützung** von Personen aus Risikogruppen erweitert werden, in erster Linie durch finanzielle Hilfen, aber z.B. auch durch ehrenamtliches Engagement.
- Die Finanzierungsmöglichkeiten für die **Bewältigung von psychischen und sozialen Folgeschäden** der einschränkenden Maßnahmen (psychotherapeutische Hilfen, Beratungsangebote, Bildungsförderung, etc.) sollten verbessert werden.

Ökonomische Kosten verantwortlich reduzieren – Unternehmen eng einbinden

- **Wirtschaftliche Aktivitäten** müssen so schnell wie möglich und, soweit **verantwortbar, wieder zugelassen** werden. Dabei sollten soweit wie möglich weiterhin **Schutzmaßnahmen** (Masken, Abstand, Trennwände) ergriffen werden. **Einzelhandelsgeschäfte** können z.B. sicher früher wieder öffnen als **Diskotheken**, in der **Gastronomie** sind ggf. strikte Vorgaben denkbar (Tischabstand, begrenzte Personenzahl). **Großveranstaltungen** wie **Fußballspiele der Bundesliga** mit Zuschauern, aber auch **Messen und Kongresse** werden auf absehbare Zeit **nicht stattfinden können**.
- **Kulturelle Angebote**, wie zum Beispiel Konzerte und Theatervorstellungen, können in neuer Form und gegebenenfalls mit entsprechenden Einschränkungen (Abstandsregeln, begrenzte Personenzahl) stattfinden.

- In der Krise wurden bereits wertvolle Erfahrungen mit **vielfältigen Formen des digitalen Arbeitens** (mobiles Arbeiten, Videokonferenzen usw.) gemacht. Da, wo es sinnvoll und produktiv erscheint, kann digitale Arbeit auch weiterhin eine hilfreiche Maßnahme sein.
- Außerdem müssen wir **Abhängigkeiten, Vernetzungen und Nichtlinearitäten beachten**, gerade in komplexeren Industrien. Das Hochfahren kann nicht beliebig fein durch den Staat gesteuert werden (keine Planwirtschaft, keine Sozialtechnologie der 1970er Jahre).
- Die **Unternehmen müssen eng in diesen Prozess eingebunden werden**, denn nur dort ist das Wissen über branchenspezifische Zusammenhänge vorhanden, die es bei der vollumfänglichen Reaktivierung der Wertschöpfungsketten zu beachten gilt.
- Die **Funktionsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung** muss uneingeschränkt sichergestellt sein, um Verzögerungen zu vermeiden (z.B. in den Planungsbehörden, Grundbuchämtern, Umweltbehörden, KfZ-Zulassungsstellen). Auch sollte die Verwaltung so weit wie möglich auf unbürokratische Verfahren setzen, um das wirtschaftliche Erstarren so einfach wie möglich zu machen.

Europa und Deutschland nicht abschotten

- Gerade jetzt nach dieser Krise muss der **Gründungsgedanke einer immer engeren Union in Europa neu belebt** werden.
- **Europäische Solidarität** und die europäische Garantie grundlegender Rechte und Freiheiten sind eine **wichtige Ressource zur Bewältigung der Pandemie**.
- Aus **wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen** Gründen sind **offene Grenzen** und ein funktionierender EU-Binnenmarkt wichtig.

Vertrauen festigen – offen und transparent kommunizieren

- Die **schrittweise Öffnung des Lockdowns wird absehbar deutlich schwieriger werden als das abrupte Herunterfahren des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens**. Sie wird in mehreren Teilschritten erfolgen müssen. Dadurch wird auch die Kommunikation komplexer und differenzierter (z.B. unterschiedliche Maßnahmen je nach Personengruppe, Region oder Branche).
- **Politische Kommunikation mit Maß und Mitte** ist in diesen Zeiten einmal mehr entscheidend, um Polarisierungen und „das Ausspielen“ von Wirtschaft gegen Gesundheit, Freiheit gegen Staatsgläubigkeit, Krisengewinner gegen -verlierer zu vermeiden und einer gesellschaftlichen Spaltung vorzubeugen.

- Dazu ist der Zustand der Angst, der sich auch im Wort EXIT widerspiegelt, in einen **Zustand von Risikobewusstsein** zu überführen, um den Menschen Zuversicht zu geben und das Vertrauen in die handelnden Akteure zu festigen. Hierzu eignet sich beispielsweise der Fokus auf die schrittweise Rückkehr in eine „**verantwortungsvolle Normalität**“.
- In den Tagen der Eindämmung ist die Bevölkerung zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen. **Durch die stufenweise Öffnung dürfen nun nicht neue Konfliktlinien und Brüche entstehen.**
- Diese neue Normalität wird vor allem am Anfang noch stark von weiterhin notwendigen Maßnahmen der Begrenzung und Einschränkung geprägt sein. Es bedarf daher einer **Kampagne zu verantwortungsvollem Verhalten** für die gesamte Bevölkerung:
 - Es werden weiterhin **physische Distanz, Hygiene** (Hände waschen) und weitere **Verhaltensregeln** (Husten- und Niesetikette) zentral sein.
 - Neuere Untersuchungen legen nahe, dass auch das Tragen von einfachem **Mundschutz** grundsätzlich sinnvoll ist (z.B. im **ÖPNV** und ähnlichen Situationen in geschlossenen Räumen). Entscheidend ist hierbei, dass **genügend Masken** vorhanden sind, diese **sachgerecht verwendet** und die deutlich effektiveren **Abstandsregeln dadurch nicht minder beachtet werden**. Vor allem dienen sie dazu, dass man als unbewusst infizierte Person keine weiteren Menschen im öffentlichen Raum anstecken kann. Ein vollständiger Schutz vor Ansteckung sind die einfachen, so genannten Community-Masken nicht.
- Der **Prozess der Normalisierung** ist angewiesen auf eine **konstruktive Begleitung durch Medien**. Die Diskussion muss öffentlich, transparent und ehrlich geführt werden. Es darf keine vermeintlichen Denkverbote geben, sondern Lösungen werden im gemeinsamen Diskurs basierend auf Fakten gefunden.

Phase 3: Stabilisierung einer verantwortungsvollen Normalität

Ein neues „Miteinander“

- Auch dann, wenn sich schon große Teile des öffentlichen Lebens wieder einigermaßen normalisiert haben werden, werden wir noch für einige Zeit ein **neues gesellschaftliches Verständnis von Nähe und Höflichkeit** brauchen: Man gibt sich nicht die Hand zur Begrüßung, man umarmt sich nicht. Man hält einen weiteren Abstand zu seinen Mitmenschen und trägt vielleicht eine Schutzmaske.
- Zudem bedarf es einer **strikten Selbst- und Fremdbeobachtung**: Zeige ich Symptome einer Atemwegserkrankung? Zeigen meine Mitarbeiter, meine Kinder oder meine Angehörigen entsprechende Symptome? Wer hustet oder niest, bleibt zu Hause, geht also weder zur Arbeit noch in die Schule oder in den Kindergarten, begibt sich nicht in die Öffentlichkeit und nimmt auch nicht an privaten Zusammenkünften teil. Dafür erfährt man Akzeptanz, gar Anerkennung von seinem Arbeitgeber oder seinem Lehrer.

- **Im Arbeitsleben nutzen Unternehmen und Behörden die neuen Erfahrungen mit mobilem Arbeiten.** Telefon- oder Videokonferenzen werden stärker genutzt, unnötige Dienstreisen vermieden.
- **Die Krise hat erhebliche Mängel in der digitalen Kommunikation gezeigt.** Für einen umfassenden Aufschwung in Deutschland braucht es eine **Digitalisierungsoffensive in allen Bereichen**, insbesondere in der Bildung.
- **Wichtig ist, dass die Einhaltung freiwillig, aber konsequent erfolgt.** Uns allen muss klar sein: Unsere Freiheit bedingt die Einhaltung der Regeln. Freiheit heißt auch Verantwortung und damit Rücksichtnahme auf die Mitmenschen.

Wirtschaftliche Spätfolgen abfedern

- Mittelfristig werden sich weitere **wirtschaftliche Auswirkungen** zeigen, z.B. durch eine Verstärkung des derzeitigen Trends zum Online-Handel und weg vom örtlichen Einzelhandel oder auch Probleme beim Anlaufen einzelner Industrien aufgrund von nicht funktionierenden **länderübergreifenden Wertschöpfungsketten**, durch Beschränkungen bei Produktion, Handel oder Transport. In diesen Fällen sind **flexible wirtschaftspolitische Maßnahmen** angezeigt.
- Von der Krise besonders betroffene börsennotierte Unternehmen könnten durch die drastischen Kursverluste zu leichten Zielen für unerwünschte **Übernahmeversuche ausländischer Unternehmen** werden. **Diese Gefahr gibt es auch für Start-Ups.** Dies gilt es im Blick zu behalten, um gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.
- Eine **zielgerichtete steuerliche Entlastung** für besonders betroffene Gruppen kann ein wichtiges Aufbruchssignal sein. Hierbei ist die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates sicherzustellen.
- Negative Erwartungen in der Bevölkerung können dazu führen, dass der Kauf langlebiger Konsumgüter und Investitionen unterlassen wird. Dem könnte, falls sich dies als Hemmschuh für die wirtschaftliche Erholung erweist, mit **spezifischen Programmen zur Nachfragestimulation** begegnet werden (siehe Wirtschaftskrise 2009). Eine vorübergehende und zielgerichtete Absenkung der Mehrwertsteuer kann hier ein geeignetes Instrument sein.
- Der Schlüssel für eine langfristige wirtschaftliche Erholung nach der Krise liegt in der **Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen. Strukturreformen mit Blick auf die Regulierung, aber auch die im internationalen Vergleich höhere Unternehmensbesteuerung dürfen kein Tabu sein.
- **Auf europäischer Ebene sind Hilfsmechanismen für besonders betroffene Länder zu etablieren.** Die Wiederbelebung eines starken, wettbewerbsfähigen Binnenmarkts erfordert auch finanziell eine gemeinsame europäische Kraftanstrengung.

Aus der Krise lernen

- Die bisherigen **Planungen für Epidemien/Pandemien** haben sich als offensichtlich nicht ausreichend und nicht effektiv genug erwiesen. Langfristig muss es daher eine neue vorbeugende Planung (Maßnahmen, Zuständigkeiten) für vergleichbare Krisen geben. Dazu gehören auch aufgrund der jetzigen Erfahrungen angepasste Szenarien.
- Die in den letzten Jahren immer weiter reduzierte **heimische Produktion wichtiger medizinischer Hilfsmittel** (Masken, Schutzkleidung usw.), aber auch von **Medikamenten** muss unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorge korrigiert werden.
- Auch die **europäische und internationale Koordination** muss verbessert werden, damit sich Länder im Zweifel gegenseitig helfen können und sich nicht abschotten oder sogar gegeneinander arbeiten. Europa muss im Sinne einer europäischen Souveränität für den Fall einer Pandemie unabhängig und gemeinsam reagieren können.
- Eine wichtige Lehre aus der Coronakrise ist das **Überdenken der Importabhängigkeit von vielen „systemrelevanten“ Produkten und Wertschöpfungsketten**. Diese bringen wir nach Europa aber nur zurück (oder halten sie hier) durch ein wettbewerbsfähiges Umfeld.
- Krise ist neben Bedrohung immer auch **Chance**. Die vielfältigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Herausforderungen sollten in einem offenen und konstruktiven gesellschaftlichen Dialog erfolgen. Dazu gehört auch die Bereitschaft zu grundlegenden Veränderungen sowie zur kreativen und positiven Weiterentwicklung.

Die Wissenschaften können in der aktuellen Lage wesentliche Hilfe zum besseren Verständnis leisten, den Blick weiten und mögliche Lösungswege aufzeigen. Entscheiden müssen – gerade in der Krise – die demokratischen Institutionen unseres Landes. Im Sinne der andauernden Legitimation ihres Handelns ist dabei von zentraler Bedeutung, dass **die Abwägung zwischen ethisch relevanten Konflikten sichtbar, erkennbar und nachvollziehbar** wird. Die Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten Wochen eine bemerkenswerte Einsicht in die Notwendigkeit massiver Einschränkungen an den Tag gelegt. Das bestätigt jedes **Vertrauen, den Weg in die verantwortungsvolle Normalität in einem öffentlichen Diskurs gemeinsam zu ermitteln**. Zur Vermeidung einer exponentiellen Ausbreitung der Pandemie waren drastische Maßnahmen geboten. Zur Abwendung vermeidbarer Schäden des Lockdowns ist es nun ebenso geboten, flexible, zielgerichtete Antworten zu finden. **Jede Entscheidung hat Folgen und zu jeder Entscheidung gibt es immer auch Alternativen.**

Düsseldorf, 11. April 2020

Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio, Bonn;
Stephan Grünewald, Köln;
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otfried Höffe, Tübingen;

Prof. Dr. Michael Hüther, Köln;
Monika Kleine, Köln;
Prof. Dr. Renate Köcher, Allensbach;
Dr. Nicola Leibinger-Kammüller, Ditzingen;
Prof. Dr. Armin Nassehi, München;
Claudia Nemat, Bonn;
Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt, Essen;
Prof. Dr. Hendrik Streeck, Bonn;
Prof. Dr. Christiane Woopen, Köln.

Die Beratungen des Expertenrats Corona fanden unter Teilnahme und Mitwirkung des Ministerpräsidenten Armin Laschet und des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Joachim Stamp statt.